

SAFER WORLD is a private independent international internet information network
www.safer-world.org

newsletter 37 / 20. 11. 2002

AKTIV

VOM ELEKTROSMOG-NEWS-TEAM

Unterstützen auch Sie den Freiburger Appell! (http://www.elektrosmognews.de/Freiburger_Appell.pdf)

Hier ist Ihr Unterschriftenformular (hier kann jeder unterschreiben!):

<http://www.elektrosmognews.de/support.doc> (Word für Windows)

<http://www.elektrosmognews.de/support.pdf> (pdf-Format)

Formular für Ärzte (hier können nur Ärzte unterschreiben!): (inzwischen haben über 190 AerztInnen unterschrieben)

<http://www.elektrosmognews.de/aerzte.doc>

Livelisten (Ärzte, Unterstützer, Organisationen), aktueller Stand:

<http://www.elektrosmognews.de/livelisten.htm>

Freiburger Appell: Nun auch in Bulgarisch und Türkisch:

=====

CHEMIKALIEN - ACRYLAMID

Vom Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz

Acrylamid - Antworten zu häufig gestellten Fragen

1. Was ist Acrylamid?

Im April dieses Jahres wurde durch Veröffentlichungen schwedischer Wissenschaftler bekannt, dass Acrylamid, das bisher als Ausgangsstoff für die Kunststoffherstellung bekannt war, auch auf natürliche Weise bei starker Erhitzung von kohlenhydratreichen Lebensmitteln wie zum Beispiel Kartoffeln und Getreideprodukten entstehen kann. Die Medien berichteten seinerzeit umfangreich darüber. Soweit wir derzeit wissen, entsteht Acrylamid hauptsächlich aus dem Eiweißbaustein Asparagin in Gegenwart von Zuckern. Asparagin kommt in relativ hohen Mengen gerade in Kartoffeln vor.

2. Wann entsteht Acrylamid?

Acrylamid entsteht nach heutigem Kenntnisstand beim Backen, Braten, Grillen und Frittieren, zum Beispiel bei der Herstellung von Pommes Frites, Chips, Knäckebrot und Keksen.

Die Entstehung von Acrylamid ist offenbar von der Temperatur und der Zeitdauer abhängig. Studien zeigen, dass sie etwa bei 120 Grad beginnt und bei 185 Grad ein Maximum erreicht. Andere Studien wiederum kamen zu dem Ergebnis, dass die Acrylamidbildung mit steigender Temperatur weiter zunimmt. Je länger und je heißer also Kartoffelstücke oder Pommes Frites frittiert werden, desto höher dürfte auch ihr Acrylamid-Gehalt liegen.

Eine entscheidende Rolle spielt offensichtlich auch der Wasseranteil in den Lebensmitteln. Je höher er liegt, desto weniger Acrylamid entsteht. Beim Kochen von Lebensmitteln entsteht nach bisherigem Kenntnisstand kein Acrylamid.

A. ist ein Nebenprodukt der sogenannten Bräunungsreaktion, die bei Röst-, Back- und Bratvorgängen stattfindet und für die typische Farbe, Duft und Geschmack sorgt. Je dunkler Pommes Frites, Backofenkartoffeln oder Chips sind, desto höher ist wahrscheinlich auch ihr Acrylamid-Gehalt.

3. Wie gefährlich ist Acrylamid für den Menschen?

Wie Acrylamid beim Menschen wirkt, ist wissenschaftlich noch nicht vollständig geklärt. Aufgrund von Tierversuchen wird Acrylamid jedoch als möglicherweise krebserregend und erbgutschädigend angesehen. Ein wissenschaftlich begründeter Schwellenwert für diese Wirkungen kann derzeit noch nicht abgeleitet werden. Erkenntnisse, dass häufiger Verzehr beispielsweise von Pommes oder Chips in Zusammenhang mit einer größeren Krebswahrscheinlichkeit stehen könnte, gibt es nicht. Da Acrylamid aber in Lebensmitteln im Vergleich zu anderen krebverdächtigen Substanzen teilweise in relativ hohen Konzentrationen gefunden wurde, ist unabhängig von der weiteren wissenschaftlichen Erforschung eine Minimierung der Belastung als vorbeugender Verbraucherschutz unbedingt notwendig.

4. In welchen Lebensmitteln wurde Acrylamid gefunden, wie hoch sind die Belastungen?

Acrylamid wird nur bei hohen Temperaturen gebildet. Daher sind alle unerhitzten Lebensmittel und solche, die gekocht werden, nach heutigem Kenntnisstand frei von Acrylamid. In gebratenem oder gegrilltem Fleisch und Fisch wurde bisher kein bzw. nur sehr wenig Acrylamid nachgewiesen.

In folgenden Lebensmitteln wurde in Deutschland bisher (Stand Oktober 2002) Acrylamid nachgewiesen:

- Backwaren (Brot, Kleingebäck): 30 - 120 Mikrogramm/kg,
- Biskuitwaren: 10 - 19 Mikrogramm/kg,
- Butterkekse: 163 - 1090 Mikrogramm/kg,
- Zwieback: unter 100 Mikrogramm/kg,
- Knäckebrot: 30 - 2055 Mikrogramm/kg,
- Frühstückszerealien: 30 - 370 Mikrogramm/kg, in Europa teilweise bis 2300 Mikrogramm/kg,
- Kartoffelchips: bis zu 3680 Mikrogramm/kg, die Mehrzahl zwischen 1000 und 1500

Mikrogramm/kg,

- Erdnussflips, Tortillachips: 30 - 184 Mikrogramm/kg,
- Popcorn: 416 Mikrogramm/kg,
- Pommes frites: bis zu 3920 Mikrogramm/kg.

Vom ehemaligen Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (BgVV) wurden daher für die verschiedenen Lebensmittelkategorien jeweils Signalwerte festgelegt, ab denen Lebensmittelhersteller von den Lebensmittelüberwachungsbehörden zu Minimierungsmaßnahmen angehalten werden. Diese Signalwerte liegen je nach Lebensmittel bei 250 - 1000 Mikrogramm pro Kilo.

5. Was geschieht, um die Verbraucher vor Acrylamid zu schützen?

Bayern hat als eines der ersten Bundesländer in Deutschland ein Analysenverfahren entwickelt, mit dem Acrylamid in Lebensmitteln bestimmt werden kann, und mit entsprechenden Untersuchungen begonnen. Im Sommer 2002 wurde von Bund und Ländern gemeinsam aufgrund der Untersuchungsergebnisse aus Bayern und drei weiteren Bundesländern ein dynamisches Konzept entwickelt, um die Acrylamid-Belastung in Lebensmitteln zu minimieren. Dieses Konzept basiert auf sogenannten Signalwerten, die aus den Untersuchungsergebnissen abgeleitet wurden. Diese Signalwerte liegen je nach Lebensmittel bei 250 - 1000 Mikrogramm pro Kilo.

Wird bei einem Lebensmittel eine Überschreitung des Signalwertes festgestellt, so wird der betroffene Lebensmittelhersteller von den Lebensmittelüberwachungsbehörden informiert und zu geeigneten Minimierungsmaßnahmen (etwa geänderte Temperaturen) angehalten. Die Maßnahmen und der Erfolg werden nachkontrolliert. Ziel ist es, die Belastung der Bevölkerung deutlich zu senken. Parallel dazu wird die Forschung an Acrylamid vorangetrieben.

6. Wie kann ich als Verbraucher die Aufnahme von Acrylamid verringern?

Generell gilt, dass eine abwechslungsreiche und ausgewogene Ernährungsweise die beste Möglichkeit ist, größere Belastungen zu verhindern. Daher sollte man einseitige Ernährung, vor allem mit stark betroffenen Lebensmitteln, meiden. Angebrannte bzw. stark gebräunte Pommes, Chips oder Bratkartoffeln sollte man nicht verzehren. Dies gilt vor allem auch für Kinder.

7. Was muss ich bei der Zubereitung von Lebensmitteln zu Hause beachten?

Wer hier ganz sicher gehen will, kann auf die Zubereitungsarten verzichten, bei denen Acrylamid entsteht. Ansonsten gilt: Beim Braten, Backen und Frittieren sollten möglichst niedrige Temperaturen und kurze Garzeiten gewählt werden. Eine starke Bräunung oder gar ein Anbrennen sollte vermieden werden. Im Backofen sollten 200 Grad nicht überschritten werden, in der Friteuse 175 Grad (externes Fettthermometer verwenden).

Ernstes Problem": Acrylamid in Lebensmitteln

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=10&d=35&id=88467>

=====
CHEMIKALIEN - Phtalate - DEHP

Erste Ergebnisse einer neuen Analysemethode in der Umweltmedizin "Weichmacher" hinterlässt Spuren im Körper

Ob ein potentiell schädlicher Stoff die Gesundheit des Menschen bedroht, lässt sich ohne den Nachweis der Konzentration im menschlichen Organismus nicht sagen. Das Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Universität Erlangen-Nürnberg (Direktor: Prof. Dr. Hans Drexler) hat einen Durchbruch auf diesem Gebiet zu verzeichnen. Unter der Leitung von Prof. Dr. Jürgen Angerer ist es erstmals gelungen, einem allgegenwärtigen und als gefährlich eingestuften "Weichmacher", der unter anderem die Fortpflanzungsfähigkeit beeinträchtigen kann, anhand von Stoffwechselprodukten auf die Spur zu kommen, die im menschlichen Körper gebildet werden. Die erste Anwendung der neuen Untersuchungsmethode stimmt bedenklich: in einer Testgruppe wies ein Drittel der Personen Dosen der Substanz auf, die deren Vorsorgewert überschreiten.

Diethylhexylphthalat (DEHP) gehört zur Stoffklasse der Phthalate, die Kunststoffen ihre Elastizität verleihen. Im Alltag einer modernen Gesellschaft sind solche Weichmacher überall zu finden.

Haushaltsgeräte, Lebensmittelverpackungen, Kunststoffbeläge, Körperpflegeprodukte, Lösungsmittel - die Liste der Gegenstände, die Phthalate enthalten, ließe sich lange fortsetzen. Bei weitem der wichtigste Kunststoff-Weichmacher ist DEHP. Allein in Deutschland werden jährlich etwa 250.000 Tonnen produziert.

Von höchster umweltmedizinischer Bedeutung ist dies, weil DEHP unter den Phthalaten auch die größte toxische Wirksamkeit aufweist. Besonders ausgeprägt sind die hormonähnlichen Wirkungen. Das US-amerikanische Centre for the evaluation of risks to the human reproduction (CERHR) stuft DEHP als "ernsthaft bedenklich für die menschliche Fortpflanzung" ein. Vor allem die Fortpflanzungsfähigkeit von Männern kann gefährdet sein. Außerdem hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft dem DEHP in diesem Jahr bescheinigt, dass es das Krebswachstum begünstigt.

Die Frage nach der Gesundheitsgefährdung durch DEHP kann aber nur beantwortet werden, wenn man weiß, wie viel der Mensch von dieser Substanz aufnimmt. Allein die Dosis macht eine chemische Substanz zum Gift. Bisher war es nicht möglich, diese Substanzen oder ihre Stoffwechselprodukte im menschlichen Körper störungsfrei zu bestimmen. Da Phthalate überall auftreten, sind Verunreinigungen der Proben schwer zu vermeiden. Um zu klären, welche Phthalatmengen im menschlichen Körper tatsächlich anzutreffen sind, förderte die Deutsche Forschungsgemeinschaft ein Forschungsvorhaben an dem Erlanger Institut. Holger Koch, Doktorand des Instituts für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin und staatlich geprüfter Lebensmittelchemiker, hat das Projekt mit großem Erfolg bearbeitet.

Gelöst wurde die diffizile Aufgabe, indem im menschlichen Urin Stoffwechselprodukte des DEHP erfasst wurden, die erst im Organismus entstehen. Diese Produkte können nicht "von außen" in die Urinproben gelangen, was falsche Ergebnisse ausschließt. Allerdings war es für diese Vorgehensweise nötig, solche Metaboliten zunächst im Labor herzustellen. Die Synthese der Stoffwechselprodukte ist im Rahmen des Forschungsprojekts ebenfalls zum ersten Mal gelungen. Kinder besonders gefährdet ?

Mit Hilfe der Standardsubstanzen und unter Einsatz einer neu erarbeiteten analytischen Methode sind 85 Personen aus der Allgemeinbevölkerung untersucht worden. Für ein Drittel der Untersuchten wurden DEHP-Mengen festgestellt, welche die so genannte reference dose (RfD) überschreiten. Die Referenzdosis ist ein von der Umweltbehörde der USA aufgestellter Wert, der aus Gründen der gesundheitlichen Vorsorge nicht überschritten werden sollte. "Dieses umweltmedizinische Ergebnis verdient um so mehr Beachtung, als damit zu rechnen ist, dass manche Bevölkerungsgruppen, darunter vor allem Kinder und Kleinkinder, noch größere DEHP-Mengen aufnehmen", konstatiert Prof. Angerer. Gleiches gilt für Dialysepatienten, Plasmaspender und alle, die besonders intensiven Kontakt mit Kunststoffen haben.

Auf der Tagung der "Gesellschaft für Hygiene und Umweltmedizin" und der "International Society for Environmental Medicine" Ende September 2002 in Greifswald hat Projektbearbeiter Holger Koch die Untersuchungsergebnisse vorgestellt. Der uneingeschränkten Aufmerksamkeit der versammelten umweltmedizinischen Sachverständigen konnte er dabei sicher sein.

Weitere Informationen http://www.uni-erlangen.de/docs/FAUWWW/Aktuelles/2002/Forschung_2002/640weichmacher.html

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Betrüger unterwegs: Plusminus entlarvt Scharlatane

<http://www.elektrosmognews.de/news/betruegerunterwegs.htm>

19.11.2002: **Aufrüttelndes Protestschreiben an die Bundesregierung und die Fraktionen**

<http://www.elektrosmognews.de/news/guineapigprotest.htm>

19.11.2002: **Spanien/Montilla: Ultimatum für Mobilfunkbetreiber**

<http://www.elektrosmognews.de/news/spanien191102.htm>

19.11.2002: **Eine Crux? Proteste wegen Funklöchern - Proteste wegen Gesundheitsgefahren**

<http://www.elektrosmognews.de/news/doppelprotest.htm>

Medienspiegel: <http://www.elektrosmognews.de/news/freiburgerappellinternational.htm>

Das Elektrosmognews-Team <http://www.elektrosmognews.de/>

Handystrahlung aktiviert Leukämie-Zellen in vitro

Handystrahlung macht Leukämie-Zellen aggressiv: Bei In-vitro-Versuchen starben durch die Strahlung zunächst vermehrt Leukämie-Zellen ab, die überlebenden Zellen vermehrten sich nachher aber umso stärker.

Explosionsgefahr: Handy beim Tanken ausschalten

Das findige Handy darf dem Autofahrer noch den Weg zur nächsten Tankstelle weisen, dann muss es im Wagen bleiben. Das Telefonieren in der Nähe der Zapfsäulen ist ausdrücklich verboten

<http://www.spiegel.de/auto/aktuell/0,1518,druck-220642,00.html>

=====

KURZINFO

Energy-Drinks: Kein Zusatznutzen für den Körper

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=11&d=20&id=89388>

Lebensmittel im Visier Neue Verbraucherschutz-Organisation foodwatch startet

Berlin, 17. Oktober 2002. "Verbraucherinnen und Verbraucher sollen Lebensmittel sorgenfrei genießen können", beschreibt foodwatch-Initiator Thilo Bode die Zielrichtung der frisch ins Leben gerufenen Organisation. foodwatch versteht sich als Anwalt für Verbraucherrechte, ist gemeinnützig und soll sich über Fördermitgliedschaften selbst tragen. Mit eigenen Recherchen zu wunden Punkten der Lebensmittelsicherheit und -qualität, aktuellen Informationen, gezielten Kampagnen und rechtlichen Schritten setzt

foodwatch auf die Sympathie kritischer Verbraucherinnen und Verbraucher.

"Die Übermacht von Nahrungsmittelindustrie und Agrarlobby muss zurückgedrängt werden. Zu lange haben diese Gruppen ihre Interessen auf Kosten der Verbraucher und deren Gesundheit durchgesetzt", sagt Thilo Bode. www.foodwatch.de

Kontaminiertes Getreide

www.kontraste.de/0211/manuskripte/txt_getreide.html

Krebsgesellschaft fordert energisches Vorgehen gegen die Tabakindustrie

FRANKFURT. Die Deutsche Krebsgesellschaft hat von der Bundesregierung gefordert, ein unabhängiges Institut damit zu beauftragen, die Aktivitäten der in Deutschland tätigen Zigarettenindustrie zu ...

mehr <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=10811>

Kommentar Scherrmann: Endlich kommt diese Forderung.

Höhere Umsätze durch gesunde Mitarbeiter

Studie: Mangelnde Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz

<http://www.presetext.de/pte.mc?pts=021028002>

Luftverschmutzung macht Altersversorgung teuer

Umweltschutz sorgt für niedrigere Kosten im Gesundheitswesen

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=021112024>

Höhere medizinische Behandlungskosten durch Luftverschmutzung

STANFORD. Eine hohe Belastung der Außenluft durch Rußpartikel führt zu einer stärkeren

Inanspruchnahme medizinischer Dienstleistungen für Atemwegserkrankungen, wie eine Untersuchung in Health Affairs ...

mehr <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=10748>

Neuer Lehrstuhl für "Frauenspezifische Gesundheitsforschung mit Schwerpunkt Kardiologie" an der Berliner Charité

In Kooperation mit dem Deutschen Herzzentrum Berlin (DHZB) hat die Charité den ersten Lehrstuhl für Frauenspezifische Gesundheitsforschung mit Schwerpunkt Herz-Kreislaufkrankungen in Deutschland eingerichtet. Berufen wurde die Kardiologin Professor Vera Regitz-Zagrosek, die derzeit sowohl am DHZB als auch an der Charité tätig ist. Die Ärztin hat bereits bei der Deutschen Gesellschaft für Kardiologie die Arbeitsgruppe Herz-Kreislaufkrankungen bei Frauen etabliert. Am neuen Lehrstuhl werden frauenspezifische Aspekte nach Herzoperationen, vor und nach Herztransplantationen, bei schwerer Herzinsuffizienz sowie die Wirkung von Östrogen im kardiovaskulären System erforscht, wie die Charité mitteilt.

<http://www.aerztezeitung.de>

"Jede Woche kommt ein neuer Melanom-Patient zu uns"

Immer jüngere Menschen erkranken an Hautkrebs. Schon 20 Prozent dieser Patienten sind unter 30 Jahre. "Und dieser Trend wird sich weiter verschieben", schätzt Professor Manfred Hagedorn, Chefarzt der Hautklinik des Klinikums Darmstadt.

Schwermetalle: Belastung von Kindern nimmt ab

Die Belastung durch Schwermetalle ist bei Kindern in Baden-Württemberg um etwa 20 Prozent zurückgegangen. Die Häufigkeit von Allergien stagniert dagegen auf hohem Niveau.

Vitamin-Pillen schützen nicht vor Morbus Parkinson Inzidenz ist vom Vitaminkonsum unabhängig

BOSTON (mut). Wer Vitamin C oder E als Nahrungsergänzung zu sich nimmt, kann sich damit nicht vor Morbus Parkinson schützen. Das hat eine Analyse der Daten aus der Nurses Health Study mit knapp 77 000 Frauen und der Health Professionals Follow-Up Study mit über 47 000 Männern ergeben. Die Personen beider Studien waren über 12 bis 14 Jahre hinweg auch zu Ernährungsgewohnheiten und zur Verwendung von Vitaminpräparaten gefragt worden. Dabei gab es keine signifikanten Unterschiede in der Inzidenz von Morbus Parkinson bei Personen, die regelmäßig hohe Dosierungen von Vitamin C oder E einnahmen im Vergleich zu Personen, die diese Vitamine nicht zusätzlich einnahmen. Dies haben Forscher aus Boston in den USA berichtet (Neurology 59, 2002, 1161).

Lediglich Personen, die viel Vitamin-E-reiche Nahrung aßen, hatten eine signifikant erniedrigte Parkinson-Rate. Ob dies am Vitamin E oder anderen Substanzen in der Nahrung lag, bleibt aber unklar.

Über eine Schutzwirkung von anti-oxidativen Vitaminen wurde zunächst spekuliert, da oxidative Schäden bei der Pathogenese von Morbus Parkinson offenbar von Bedeutung sind.ug)

<http://www.aerztezeitung.de>

H-ABC: Neurologen entdecken ein neues Syndrom

Neurologen haben ein neues Syndrom entdeckt. Betroffene Kinder fallen auf durch Entwicklungsstörungen, Myelinmangel und Hirnatrophie. Die Krankheit ist vermutlich genetisch bedingt.

<http://www.aerztezeitung.de>

Medikamente für hyperaktive Kinder sind umstritten - empfohlen werden sie besonders bei aggressivem Verhalten

Von Ingeborg Bördlein

Nur ein Teil der Kinder, die an Aufmerksamkeitsstörungen mit oder ohne Hyperaktivität (ADHS) leiden, braucht eine medikamentöse Therapie. Die Verschreibungen von Methylphenidat sind in den letzten Jahren jedoch exponentiell angestiegen. Nach Ansicht von Professor Martin Hans Schmidt vom Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim liegt das daran, daß die Stimulanzien zunehmend bei reinen Aufmerksamkeitsstörungen verordnet werden

Längst nicht alle Kinder mit ADHS brauchen Medikamente. Geraten wird zur Medikation besonders, wenn bei den Kindern aggressiv-oppositionelles Verhalten oder starke Impulsivität hinzukommen. Bei der Therapie mit Methylphenidat wird jedes Jahr ein Auslaßversuch empfohlen. Elternterapie und Verhaltenstherapie ergänzen die Therapie.

<http://www.aerztezeitung.de>

Kommentar Scherrmann: Angesichts der schon vorliegenden Erkenntnisse ueber Zusammenhaenge von Neurotoxinen und ADHS bin ich immer wieder erschuettert, wie wenig hierzulande ueber diese Zusammenhaenge bekannt ist. Es berichten mir laufend Muetter, dass ihre Kinder wieder relativ "normal" wurden, nachdem sie fuer ihr Kind eine schadtsoffaermere Umgebung schufen.

stern: Zusatzstoffe in Lebensmitteln haben für Kinder dramatische Folgen

Hamburg (ots) - Die Belastung von Kindern durch chemische Nahrungszusätze nimmt in alarmierendem Ausmaß zu. Grund ist der steigende Verzehr industrieller Nahrungsmittel. Die Folgen reichen von Zahnschäden und Übergewicht bis zu Knochenschwund und Darmschäden. Das berichtet das Hamburger Magazin stern in ihrer neuen, am Donnerstag erscheinenden Ausgabe.

.....Kinder sind durch das geringere Körpergewicht und oftmals erhöhten Verbrauch industrieller Nahrungsmittel von Gummibärchen über Limonade bis zu Eis stärker von Nahrungszusätzen gesundheitlich betroffen als Erwachsene.

ots Originaltext: stern Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> URL steht nicht mehr zur Verfügung. /story.htx?firmaid=6329
<http://www.presseportal.de/story.htx?nr=394617>

Röntgenuntersuchungen: Jede 3. ist überflüssig

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=11&d=6&id=88608>

Jugendmediziner: Jedes 5. Kind verhaltensgestört

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=10&d=35&id=88462>

Alarmierende Erhebung: Jede vierte Pflanzenart steht vorm Aussterben

In den nächsten Jahren könnten weit mehr Pflanzenarten für immer verschwinden, als Forscher bislang dachten. Neuen Schätzungen zufolge sind weltweit rund ein Viertel aller Gewächse vom Aussterben bedroht. <http://www.spiegel.de/wissenschaft/erde/0,1518,druck-220681,00.html>

Klinische Studien: Problematische Beziehung zwischen Industrie und Forschung
DURHAM. Viele Verträge zwischen Sponsoren und US-Universitäten gefährden die Unabhängigkeit der Ärzte, die klinische Studien im Auftrag der Industrie durchführen. Zu diesem Schluss kommen Autoren ...

URL steht nicht mehr zur Verfügung

Abbruch der britischen Östrogen-Studie

LONDON. Eine britische Studie zur Hormonsubstitution in der Postmenopause wird nicht weitergeführt. Dies entschied jetzt der britische Medical Research Council (MRC). Der Abbruch der WISDOM-Studie ...

URL steht nicht mehr zur Verfügung

Forscherin: Antibakterielle Seifen sind ein Reinfall

Kein Zusatznutzen zur Keimbeseitigung <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=021024043>

Bayer: Giftige Pflanzenschutzmittel an Freiwilligen getestet

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=10&d=25&id=87998>

Luftverschmutzung macht Altersversorgung teuer

Umweltschutz sorgt für niedrigere Kosten im Gesundheitswesen

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=021112024>

Höhere medizinische Behandlungskosten durch Luftverschmutzung

STANFORD. Eine hohe Belastung der Außenluft durch Rußpartikel führt zu einer stärkeren Inanspruchnahme medizinischer Dienstleistungen für Atemwegserkrankungen, wie eine Untersuchung in Health Affairs ...mehr <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=10748>

=====

RECHT

in **V/SB-INFo** wurden zwei neue Entscheidungen aufgenommen:

LSG NRW, Urteil vom 30.10.2002 - L 7 V 5/02:

Bei selbst durchgeführter stationärer Behandlung ist der Kostenerstattungsanspruch eines Versorgungsberechtigten gegen die Versorgungsverwaltung grundsätzlich auf die Kosten in Höhe der allgemeinen Pflegekosten beschränkt (§§ 18 Abs. 3 u. 4 BVG). Wahlleistungen sind nicht erstattungsfähig. Ein Anspruch auf Übernahme von Mehrkosten (§ 18 Abs. 8 BVG) kann nur wegen medizinischer Gründe bestehen; berufliche, wirtschaftliche oder private Gründe wie z.B. das Bestehen eines privaten Versicherungsschutzes für Wahlleistungen sind unbeachtlich.

LSG NRW, Beschluss vom 29.10.2002 - L 7 SB 97/01:

Das ein- bis zweimalige wöchentliche Auftreten einer Fallneigung mit der Notwendigkeit vorübergehenden Haltesuchens und Hinsetzens begründet keinen Anspruch auf Feststellung einer erheblichen Gehbehinderung (Merkzeichen"G").

Allgemeines Umweltrecht

Gesetz zur Regelung der **Sicherheitsanforderungen an Produkte und zum Schutz der CE-Kennzeichnung** (Produktsicherheitsgesetz - ProdSG)

Atomrecht

Verordnung für die Überprüfung der Zuverlässigkeit zum Schutz gegen Entwendung oder erhebliche Freisetzung radioaktiver Stoffe nach dem Atomgesetz (Atomrechtliche Zuverlässigkeitsüberprüfungs-Verordnung - AtZÜV)

Volltexte und Fundstellen zu umweltrelevantem Bundesrecht finden Sie in UMWELTonline im Bereich URA i.d.R. vor Erscheinen der Printversion des Bundesgesetzblattes.

Fundstellen zu umweltrelevanter Rechtsprechung und Literatur aus den wichtigsten Fachzeitschriften finden Sie in UMWELTonline i.d.R. spätestens am 3. Werktag nach Erscheinen.

<http://www.umweltdigital.de>

=====

BUNDESTAG, Berlin: Do, 07.11.2002

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

WALLSTRÖM: IM UMWELTSCHUTZ DIE DISKUSSION DER SANKTION VORZIEHEN

Berlin: (hib/WOL) Den Schwerpunkt von Diskussion vor rechtlichen Sanktionen hat EU-Kommissarin Margot Wallström in einer Sondersitzung am Donnerstag morgen gegenüber den Mitgliedern des Umweltausschusses unter Leitung des neuen Vorsitzenden Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD) betont.

Wallström unterstrich die Notwendigkeit und Absicht der EU zu einem kontinuierlichen Dialog mit den nationalen Parlamenten und das Bestreben, die Notwendigkeit einer nachhaltigen Umweltentwicklung näher an die Bürger heranzubringen.

Wichtiger als die Verabschiedung strenger Gesetze sei das Subsidiaritätsprinzip (danach sollen Aufgaben durch Staaten oder Staatenverbände nur dann erfolgen, wenn untergeordnete gesellschaftliche Gruppen dazu nicht in der Lage sind).

Die Forderung nach dem Vorrang der Diskussion vor rechtlichen Sanktionen gelte angesichts der über 200 Gesetzesvorhaben, die die EU im Umweltbereich derzeit bearbeite, und bestimme Ziel und Prinzipien des sechsten Umweltaktionsprogrammes, das im Juli 2002 für eine Laufzeit von zehn Jahren verabschiedet worden sei, so Wallström.

Das Aktionsprogramm befasse sich verstärkt ,mit der Problematik von Klimaveränderungen, mit dem Artenschutz, aber auch mit der Abfallentsorgung.

Auf die Fragen der Abgeordneten nach Defiziten und Hemmnissen für eine nachhaltige Umweltpolitik, zur Führungsrolle und der Glaubwürdigkeit der EU beim diesjährigen Klimagipfel in Johannesburg, zur Haltung einzelner Mitgliedstaaten in Umweltfragen, zur Problematik der Chemikaliengesetzgebung sowie zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Umweltgesetzgebung und der nationalen Instrumente verwies Wallström auf ihr Statement für eine verstärkte Information und Diskussion. Die EU habe in Johannesburg ihre Lektion gelernt, als Entwicklungsländer mit den USA gestimmt hätten. Die Auflagen der Kyoto-Konvention seien als wirtschaftliche Last empfunden und die Handelseinschränkungen für Entwicklungsländer bestraft worden. Johannesburg habe gezeigt, dass die EU als weltweit größter Geldgeber beim Umweltschutz nicht in der Lage gewesen sei, die

Notwendigkeit der Nachhaltigkeit zu übermitteln.

Auf Lösungsansätze für Fristen und Kosten sei zu wenig eingegangen, positive Investitionssignale an die Wirtschaft für nachhaltigen Umweltschutz vernachlässigt worden. Als sehr schwierig bezeichnete Wallström die vorgesehene Chemikaliengesetzgebung. Man wisse zu wenig über die Zusammensetzung chemischer Produkte.

Eine sinnvolle Gesetzgebung erfordere grundlegende Informationen über Produktion und Zusammensetzung. Allerdings gehe es nicht an, dass die betroffene Industrie im Hinblick auf eine künftige Chemie-Gesetzgebung vor einer Gefährdung von Millionen von Arbeitsplätzen warne. Da "stimmt etwas nicht", wenn dies geäußert werde angesichts der EU-Absicht, die Wirtschaft zu unterstützen und ihr zu helfen, bessere und verträglichere Substanzen für Mensch und Umwelt herzustellen. Überprüfen müsse die EU auch ihre Vorgaben, wenn einige Mitgliedsländer lieber Sanktionsstrafen zahlten statt umweltfreundliche Energiequellen zu nutzen.

In den nächsten zehn Jahre gehe es darum, das Bewußtsein für ein anderes Verhalten bei den Bürgern der Mitgliedstaaten zu Gunsten künftiger Generationen zu erreichen. Bisher seien einzelne Schadstoffursachen erfolgreich bekämpft worden, nun gehe es um generelle Verhaltensänderungen. Dies bedeute auch, künftig mehr das Fahrrad als das Auto zu benutzen, um die Erfolge, die man auf der einen Seite erzielt habe, nicht durch die enorme Häufung vieler kleiner Schadstoffemissionen wieder zunichte zu machen.

BMA - Arbeitsschutz wird künftig von der Wirtschaftslobby überwacht

Information des ehemaligen Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

Mit dem Organisationserlass vom 22. Oktober 2002 ist das bisherige Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und das bisherige Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zu einem **neuen Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit** zusammengelegt worden. Inhaltlich betrifft dies vor allem die Bereiche: Arbeit, Arbeitsschutz, Arbeitsrecht, Internationales

Die Bereiche Sozialversicherung, Rentenversicherung, Kriegsopferversorgung, Entschädigungsrecht, Versorgungsmedizin, Prävention, Rehabilitation, Behindertenpolitik und Sozialhilfe gehen über in das neue Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.

Die ehemalige Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (künftig Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration) wird dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zugeordnet, der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Behinderten und der Bundesbeauftragte für die Sozialversicherungswahlen werden dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung zugeordnet.

Um Ihnen dennoch den gewohnten Service des ehemaligen Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung anzubieten, wird das alte Internetangebot zunächst aktualisiert fortgesetzt. Wenn ganze Bereiche komplett von den neuen Stellen übernommen sind, dann wird das entsprechende Angebot auf der BMA-Seite eingestellt bzw. auf die neue Seite direkt verlinkt.

Wir danken Ihnen für Ihr Verständnis und hoffen, dass diese Hinweise Ihnen bei Ihrer weiteren Arbeit im Internetangebot der Bundesregierung helfen werden.

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz

Tag der Ernährung Sinner: **Bayern will gesunde Ernährung in allen Großküchen**

Immer mehr Menschen verpflegen sich regelmäßig außer Haus. Hier setzt ein Projekt der Gesundheitsinitiative "Bayern aktiv" an. "Wir wollen Gastronomie und Großküchen gewinnen, noch stärker auf gesundheitsfördernde Ernährung zu achten und ihren Gästen ein gesundes Essen schmackhaft zu machen", kündigte Gesundheitsminister Eberhard Sinner heute zum Tag der Ernährung am Sonntag an. "Großküchen sind ein wichtiger Umschlagplatz für mehr Gesundheit. Wer sich vor Augen hält, dass mindestens 30 Prozent der Krankheiten ernährungsmitbedingt sind, sieht, welche Rolle Gastronomie und Großküchen für mehr Vorsorge und weniger Gesundheitskosten spielen können", ergänzte Sinner.

Fachleute der Staatlichen Ernährungsberatung erarbeiten zusammen mit Gastronomie, Anbietern und Fachkräften in der Gemeinschaftsverpflegung, Betriebsärzten und Wissenschaft Qualitätsstandards für eine gesundheitsfördernde Ernährung in der Außer- Haus- Verpflegung. In Wettbewerben um die beste Praxis können sich Großküchen messen. Ziel ist eine Zertifizierung der Betriebe, die festgelegte Qualitätsstandards erfüllen. Wiederholte Gesundheitsaktionen für die Essensgäste werden weitere

Maßnahmen sein. Unter die Außer-Haus-Verpflegung fallen Gastronomie, Kantinen, Schulen und Kindertagesstätten, Sozialeinrichtungen, Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen, Catering-Unternehmen.

Der Wettbewerb "Gut essen - mehr wissen - gesund genießen" startet im Frühjahr 2003. Kriterien sind beispielsweise die Präsentation der Speisen, sensorische Qualität, Qualitätssicherung, der Dialog mit dem Gast über Herkunft der Lebensmittel und gesundheitsfördernde Ernährung, Qualifizierung des Personals, Lebensmittelauswahl, Speisenkombination und -produktion.

Raucher-Prävention "Be smart - don't start" Görlitz ruft Schulklassen zum Mitmachen auf

Zur Teilnahme an der Nichtraucher-Aktion "Be smart - don't start" hat Gesundheitsstaatssekretärin Erika Görlitz Lehrer und Schulklassen aufgerufen. "Immer mehr und immer jüngere Jugendliche fangen mit dem Rauchen an. Diesen besorgniserregenden Trend können wir nur stoppen, wenn sich Jugendliche über einen längeren Zeitpunkt konsequent unter kundiger Anleitung mit dem Thema Rauchen auseinandersetzen", sagte Görlitz heute in München. Das europaweit angebotene Raucher-Präventionsprogramm Be smart - don't start sei eine erfolgreiche Aktion, Jugendliche vom Nichtrauchen zu überzeugen und den Einstieg ins Rauchen zu verhindern oder zu verzögern. "Die Jugendlichen sollen sich klar werden: wirklich cool ist, wer Nein zur Zigarette sagt", erläuterte die Staatssekretärin.

"Be smart - don't start" startet Anfang November 2002 und läuft bis April 2003. Die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen sechs bis acht verpflichten sich, in diesem halben Jahr nicht zu rauchen und setzen sich in gemeinsamen Aktionen kreativ mit dem Thema "Rauchen-Nichtrauchen" auseinander. Den Klassen, die durchhalten, winken Geld- und Sachpreise.

Anmeldung ist noch möglich bis 1. November 2002. Informationen gibt es bei der Landeszentrale für Gesundheit, Landwehrstraße 60 - 62, 80336 München oder unter www.lzg-bayern.de

Beim letztjährigen Wettbewerb gingen mehr als 26.000 Schülerinnen und Schüler aus 1.087 Schulklassen an den Start. 63 Prozent der Klassen, also etwa 18.000 Jugendliche haben ohne Glimmstängel durchgehalten.

Immer mehr und immer jüngere Jugendliche rauchen: 35 Prozent der jungen Leute zwischen 12 und 24 Jahren greifen zur Zigarette. Der Anteil der 12 bis 14-Jährigen hat sich innerhalb des Zeitraums von 1995 bis 2000 verdreifacht.

"Wer so früh mit Rauchen anfängt, entwickelt sich mit höherer Wahrscheinlichkeit zum lebenslangen Raucher. Außerdem kann die Zigarette leicht zur Einstiegsdroge für illegale Suchtmittel werden", ergänzte Görlitz. Die Zahlen sind aus der bayerischen Jugendgesundheits-Studie "Gesundheitsverhalten von Jugendlichen 2000". Info unter

www.stmgev.bayern.de/blickpunkt/gesundheit/ges_verh_ju.pdf

=====

UBA

Gemeinsame Presse-Information des deutschen und des oesterreichischen Umweltbundesamtes

Neue CD-ROM mehrsprachiger Umwelt-Thesauri und Glossare vorgestellt

Deutsches und oesterreichisches Umweltbundesamt entwickeln CD-ROM mit umweltrelevanten Fachbegriffen

Das Informationsnetz zwischen dem deutschen und dem oesterreichischen Umweltbundesamt wird enger. Nach dem gemeinsam entwickelten Umweltthesaurus fuer die Umweltdatenkataloge (UDK-Thesaurus) erscheint nun "THESshow", eine CD-ROM mit mehrsprachigen umwelt-relevanten Fachbegriffen (Thesauri und Glossare). Sie ermoeoglicht eine raschere Suche nach Dokumenten und Informationen und ist auch fuer Aufbau und Pflege von Bibliotheks- und anderen Informationssystemen geeignet.

Vergleichbar mit einem Woerterbuch, helfen Thesauri, Dokumentations-systeme nach festgelegten Stichwoertern inhaltlich zu ordnen. "THESshow" enthaelt unter anderem: UDK-Thesaurus Version 6, GEMET (General Multilingual Environment Thesaurus, Europaeische Umweltagentur) mit 19 Sprachen, ENVOG (Multilingual Thesaurus of Environmental Terms, UNEP/INFOTERRA) mit vier UN-Sprachen, das Abfallwirtschaftsglossar des Oesterreichischen Normungsinstituts mit neun Sprachen, sowie das "Lexikon Waldschaedigende Luftverunreinigungen" des Bundesamtes und Forschungszentrums fuer Wald (BFW).

In einer Kooperation der Umweltbundesaeemter mit dem italienischen Consiglio Nazionale delle Ricerche (CNR), Rom, entstand zudem das Produkt "SuperThes" zur Wartung und Pflege multilingualer Thesauri nach den Normen DIN 1462 / ISO 2788 und DIN / ISO 5964. Sowohl "THESshow" als auch "SuperThes" koennen an kundenspezifische Anforderungen angepasst werden.

Bestellinformationen und Links zum Thema:

Die neue CD-ROM "THESshow" kann beim Umweltbundesamt Wien unter Fax 0043-1 / 313 04 5301 oder unter e-Mail groeger@ubavie.gv.at <<mailto:groeger@ubavie.gv.at>> gegen Rechnung zum Preis von 20 Euro zuzueglich Versandkosten bestellt werden. Fuer Journalisten gibt es kostenlose Rezensionsexemplare (Bitte Redaktion angeben). Bei Fragen zur CD-ROM und zu den anderen genannten Produkten koennen Sie sich wenden an:

Wolf-Dieter Batschi, Umweltbundesamt Berlin, Bismarckplatz 1, D 14193 Berlin, Telef.: 0049-30/8903-2423, Fax: 0049-30/8903-2102, e-Mail: wolf-dieter.batschi@uba.de <<mailto:wolf-dieter.batschi@uba.de>>

Rudolf Legat, Umweltbundesamt Wien, Spittelauer Laende 5, A 1090 Wien, Telefon: 0043-1 / 31304-5364, Fax: 0043-1 / 31304-5301, e-Mail: legat@ubavie.gv.at <<mailto:legat@ubavie.gv.at>> .

Anfragen zu Lizenzierungsmodellen fuer "THESshow" und "SuperThes" im Interent unter der Adresse: udk@ubavie.gv.at <<mailto:udk@ubavie.gv.at>> .

Die Datenbestaende des UDK-Thesaurus sind ueber die Homepage des oesterreichischen Umweltdatenkatalogs unter <<http://udk.ubavie.gv.at>> als PDF-Dateien verfuegbar.

Informationen zu Datenbanken und Publikationen der Umweltbundsaeemter unter

<<http://www.umweltbundesamt.de>> und <<http://www.ubavie.gv.at>> . Berlin, den 07.11.2002

Neu im Internet: Anlagenbezogene Emissionen

Unter <http://www.prtr.de> <<http://www.prtr.de>> veroeffentlichen Umweltbundesamt und Landesanstalt fuer Umweltschutz Baden Wuerttemberg Informationen zur Entwicklung eines Schadstoffemissions- und Ausbreitungsregister

Das Internetportal <<http://www.prtr.de>> wird im Rahmen eines Forschungsprojektes von der Landesanstalt fuer Umweltschutz Baden Wuerttemberg (LfU) und dem Umweltbundesamt (UBA) gemeinsam betrieben. Die Abkuerzung PRTR steht fuer Pollutant Release and Transfer Register, das Schadstoffemissions- und Ausbreitungsregister. Dabei handelt es sich um Emissionen in Luft, in Wasser, in den Boden sowie um den Transfer von Abfall. Ziel dieser neuen Internetpraesentation ist es, das PRTR fuer alle Interessierten transparenter zu gestalten und umfangreiche Informationen zu Verhandlung und Entwicklung zur Verfuegung zu stellen. Das Informationsangebot wird weiter ausgebaut und regelmaeßig aktualisiert.

Deutschland ist Vertragsstaat des am 30.10.2001 in Kraft getretenen UN/ECE-Uebereinkommens (United Nations Economic Organisation for Europe). Dieses regelt den Zugang zu Informationen, die Oeffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Konvention <<http://www.unece.org/env/pp/documents/cep43e.pdf>>). Die Aarhus Konvention sieht in Art. 5 Abs. 9 den schrittweisen Aufbau eines landesweiten Systems zur medienuebergreifenden Erfassung der Umweltverschmutzung in Form einer oeffentlichen zugaeenglichen Datenbank (PRTR) vor. Diesen Anforderungen wird das neue Internetportal gerecht. In den Rubriken Startseite, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Dokumente, Forum, Links und Kontakte werden Informationen zu verschiedenen Bereichen rund um das Thema PRTR bereitgestellt. Gegenwaertig wird in einem zwischenstaatlichen Abstimmungsprozess die inhaltliche Ausgestaltung des kuenftigen PRTR verhandelt.

In der Rubrik "Dokumente" sind offizielle Dokumente und Stellungnahmen ueber den derzeitigen Stand der Verhandlungen veroeffentlicht. Das Forum steht als Diskussionsplattform fuer Fragen zur Verfuegung, die sich aus den laufenden Verhandlungen im Rahmen der UN-ECE, der EU-weiten oder nationalen Abstimmung ergeben. Hier bieten sich auch Diskussionsgrundlagen fuer Probleme zur Einfuehrung eines PRTR in Deutschland.

Fuer weitere Informationen, Fragen und Anregungen kann die e-Mail-Adresse info@prtr.de <<mailto:info@eper.de>> oder direkt das Forum genutzt werden. Berlin/Karlsruhe, den 18.11.2002

Oekotoxikologen sind rar. Umweltbundesamt und Fachleute empfehlen neue Ausbildungsangebote

Oekotoxikologen bewerten Chemikalien und deren Wirkungen auf die Umwelt. Obwohl sie auf dem Arbeitsmarkt sehr gefragt sind, gibt es jedoch in Deutschland zu wenige von ihnen. Der Praesident des Umweltbundesamtes (UBA), Prof. Dr. Andreas Troge, sagt dazu: "In Industrie, Behoerden und Instituten mangelt es an qualifizierten Oekotoxikologen, die in der Lage sind, anstehende Aufgaben im Umweltschutz wahrzunehmen. Das muss sich aendern." Bisher aber gibt es keine allgemein anerkannte Ausbildung fuer Oekotoxikologen. Gruende dafuer sind unter anderem: Es existiert kein klares Berufsbild, eine einheitliche Ausbildung fehlt, und niemand ueberpruefte bisher die Qualitaet der Ausbildung. Um den Bedarf an Oekotoxikologen und ihre zukuenftige Ausbildung zu diskutieren, trafen sich auf Einladung des UBA Ende Oktober 2002 rund vierzig Vertreterinnen und Vertreter aus Hochschulen, Behoerden, Großforschungseinrichtungen, Pruefinstituten und chemischer Industrie in Berlin.

Bereits heute fuehrt dieser Mangel dazu, dass es immer schwieriger wird, Entscheidungen ueber Einsatz, Verbote und Beschaenkungen von Chemikalien und Bewertungsfragen im Umweltschutz mit der erforderlichen Kompetenz und Sorgfalt vorzubereiten und zu treffen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz schlugen als Sofortmaßnahme vor, in Analogie zur Ausbildung zum Fachtoxikologen eine Zusatzausbildung im Bereich der Oekotoxikologie anzubieten, die mit dem Zertifikat Fachoekotoxikologe abgeschlossen wird.

Gleichzeitig wurde aber auch festgestellt, dass eine sachgerechte Beurteilung der Wirkung von Chemikalien haeufig schwierig moeglich ist, weil grundlegende Informationen zum Umweltzustand sowie zur Wirkung der Chemikalien fehlen. Hier macht sich bemerkbar, dass der Stand der oekotoxikologischen Forschung in Deutschland unzureichend ist. Viele Institutionen foerdern nur noch zoegernd solche Forschungsprojekte. Ein sicherer Umgang mit Chemikalien ist jedoch nur moeglich, wenn wir ueber ihre Wirkung in der Umwelt Bescheid wissen.

Fuer weitere Informationen steht als Kontaktperson im UBA Dr. Jan Ahlers, Tel.: 030/ 8903 3120; e-Mail: jan.ahlers@uba.de <<mailto:jan.ahlers@uba.de>> zur Verfuegung Berlin, den 04.11

Umweltfolgen des Flugverkehrs werden nicht bezahlt

Umweltbundesamt beziffert so genannte "externe Kosten" des Flugverkehrs

Laerm, Luftschadstoffe, Treibhausgase: Die Belastungen fuer Mensch und Umwelt durch den Flugverkehr verursachen erhebliche Kosten. Diese so genannten externen Kosten sind aber bislang nicht in den Ticketpreisen enthalten, sie werden von der Allgemeinheit getragen. Aus Sicht des Umweltschutzes muessen die externen Kosten des Fliegens endlich beruecksichtigt und wirtschaftliche Anreize verstaerkt werden, um die Umweltbelastungen des Flugverkehrs zu verringern. Dazu gehoeren Abgaben auf die ausgestoessenen Schadstoffe, emissionsbezogene Landegebuehren und die Abschaffung der Steuerprivilegien des Flugverkehrs. Im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) haben Forscher des niederlaendischen "Centre for Energy Conservation and Environmental Technology" (CE) die vom Flugverkehr ausgehenden Belastungen fuer Mensch und Umwelt fuer verschiedene Strecken und Flugzeuggroessen in Euro beziffert. Die externen Kosten fuer einen 500-Kilometer-Flug - zum Beispiel von Muenchen nach Berlin - mit einem durchschnittlichen 100-sitzigen Flugzeug liegen bei voller Auslastung bei rund 10 Euro pro Passagier. Bei einem Langstreckenflug ueber 6.000 Kilometer - zum Beispiel zwischen Frankfurt und Chicago - verursacht ein durchschnittliches 400-sitziges Flugzeug bei voller Belegung externe Kosten in Hoehe von 43 Euro pro Fluggast.

"Das Fliegen wird aufgrund des harten Wettbewerbs zwischen den Fluggesellschaften immer billiger. Damit verbunden sind allerdings wachsende Belastungen fuer die Umwelt und den Menschen. Statt diese vom Flugverkehr ausgehenden Kosten verursachergerecht anzulasten, genießt der Flugverkehr erhebliche Steuerverguenstigungen, etwa die Mineraloelsteuerbefreiung fuer Kerosin und die Umsatzsteuerbefreiung fuer internationale Fluege. Diese Subventionen kosten die Steuerzahler jaehrlich rund sieben Milliarden Euro", sagte der Praesident des Umweltbundesamtes, Prof. Dr. Andreas Troge. "Die Festlegung der neuen Koalitionsvereinbarung, Fluege ins EU-Ausland nicht laenger von der Mehrwertsteuer zu befreien, ist daher ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung." In dem Forschungsprojekt "Externe Kosten des Flugverkehrs" wurden diejenigen Kosten berechnet, die weder von den Fluggesellschaften noch von den Passagieren getragen werden und folglich nicht in den Ticketpreisen enthalten sind. Dies um-fasst die beim Starten und Landen auftretenden Belastungen durch Laerm und Schadstoffe genauso wie der vom Flugverkehr ausgehende Beitrag zum

Treibhauseffekt. Dieser hat bereits heute einen Anteil von etwa dreieinhalb Prozent - mit steigender Tendenz.

In der Studie werden fuer vier nach Groeße unterschiedliche Flugzeugkategorien (50, 100, 200 und 400 Sitze) und fuer vier verschiedene Distanzen von 200 bis 6.000 km jeweils die beim Starten und Landen sowie die beim Reiseflug verursachten externen Kosten berechnet. Dabei wurde ermittelt, dass bei kurzen Fluegen die durch Laerm und lokalen Schadstoffausstoß verursachten Schaeden dominieren. Bei laengeren Strecken wird der Effekt auf das Klima dagegen bedeutsamer. In Zahlen ausgedrueckt: Fuer einen 200-km-Flug machen die lokalen Wirkungen etwa 80 % an den berechneten externen Kosten aus. Fuer einen Flug von 6.000 km dominiert hingegen der Beitrag zum Treibhauseffekt mit etwa 90 % die externen Kosten. Berlin, den 30.10.2002

Umweltschutz als uebergreifende Aufgabe Jahresbericht 2001 des Umweltbundesamtes erschienen

Der Jahresbericht 2001 des Umweltbundesamtes (UBA) ist erschienen. Auf rund 200 Seiten bietet er einen Querschnitt durch umweltpolitische Handlungsfelder. Themenschwerpunkte sind der Weg zur Nachhaltigkeit (Seite 14), Warenstroeme und Gruene Gentechnik (Seite 28), Klimaschutz (Seite 37), Gesundheit (Seite 45) und Bodenschutz (Seite 54). Weitere Kapitel widmen sich dem

Gewaesserschutz (Seite 61), dem produktbezogenen Umweltschutz (Seite 67), der Stoerfallvorsorge (Seite 80) und der Chemikaliensicherheit (Seite 85). Neben den Schwerpunktkapiteln informiert der Jahresbericht in einem zweiten Teil ausfuehrlich ueber die Forschungsaktivitaeten des Amtes und praesentiert wichtige Arbeitsergebnisse.

Handlungsbedarf sieht das UBA unter anderen im Bodenschutz. Zwar genießt der Boden seit Inkrafttreten des Bundes-Bodenschutzgesetzes 1999 den gleichen Rechtsstatus wie Wasser oder Luft - nahezu ungebremst ist indes der Flaechenverbrauch (Seite 58). Dieses und andere Beispiele zeigen: Umweltschutz ist eine Querschnittsaufgabe, bei der auch fiskalische Instrumente - wie die Eigenheimzulage oder die Kilometerpauschale - auf den Pruefstand gehoeren (Seite 58, 102). Zudem sollte die Schadstoffanreicherung auf landbaulich genutzte Boeden vermieden werden - speziell durch deutlich weniger Schadstoffeintraege aus Duengemitteln wie Klaerschlamm oder Guelle. Hierzu hat das UBA Handlungsoptionen entwickelt (Seite 55).

Einen Akzent legt das UBA auf die Gesundheit der Kinder. Sie reagieren auf viele Belastungen aus der Umwelt besonders sensibel und koennen sich Belastungssituationen schwieriger entziehen als Erwachsene (Seite 45). Daneben arbeitet das UBA daran, allgemein die Belastungen im Wohnumfeld zu reduzieren, denn: In Mitteleuropa halten sich Menschen zum ueberwiegenden Teil des Tages in Innenraeumen auf und sind dabei chemischen und biologischen Luftverunreinigungen ausgesetzt (Seite 48).

Der Jahresbericht 2001 ist als Druckfassung oder als CD-ROM kostenlos erhaeltlich beim Umweltbundesamt, Zentraler Antwortdienst, Bismarckplatz 1, 14193 Berlin, Fax: 030/89 03-2912, e-Mail: petra.berner@uba.de. Eine Bestellung ist auch ueber Internet moeglich unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de>. Berlin, den 15.11.2002

Neues Kommunikationshandbuch nutzt Marketinginstrumente fuer Gewaesserschutz Zielgruppengerechte Aktionen fuer eine nachhaltige Wasserwirtschaft

Wer anspruchsvolle Aktionen und Aktivitaeten fuer eine nachhaltige, also dauerhaft umweltgerechte Wasserwirtschaft entwickeln will, muss zielgruppenorientiert vorgehen. Denn: Verschiedene Bevoelkerungsgruppen mit sehr unterschiedlichen Wertvorstellungen und Lebensstilen gehen im alltaeglichen Leben sehr verschieden mit Wasser und Gewaessern um. Sie muessen differenziert motiviert werden. Das geht aus dem 84-seitigen, kostenlosen Kommunikationshandbuch "Lokale Agenda 21 und Wasser" hervor, das heute vom Umweltbundesamt (UBA) und dem ECOLOG - Institut, Hannover, veroeffentlicht wird. Es vermittelt Moeglichkeiten, wie sich die Bewusstseinsbildung und Problemvermittlung bei wasserbezogenen Aktivitaeten innerhalb der Lokalen Agenda verbessern lassen. Dabei werden auch Marketinginstrumente fuer einen nachhaltigen Umgang mit Wasser analysiert.

Akteure aus elf Kommunen, zum Beispiel aus Politik, Kommunalverwaltungen, Agenda-Bueros und Umweltinitiativen, haben wichtige Handlungsfelder fuer den Gewaesserschutz analysiert. Sie erarbeiteten Ideen fuer lokale und regionale Aktivitaeten zum Thema Wasser. Fuer die beiden Modellkommunen Diepholz (Niedersachsen) und Fuerstenwalde (Brandenburg) wurden Kommunikations- und Kampagnenkonzepte entwickelt, die sich gezielt an bestimmte Bevoelkerungsgruppen wenden. Es ging zum Beispiel darum, fuer den Kauf regional und umweltschonend produzierter Lebensmittel zu motivieren oder fuer die Teilnahme an konkreten Gewaesserschutz-Aktionen zu werben. Die Konzepte werden im Kommunikationshandbuch "Lokale Agenda 21 und Wasser" ausfuehrlich vorgestellt. Sie dienen als Anregungen fuer andere Kommunen, eigene Strategien in der Oeffentlichkeitsarbeit zu entwickeln.

Die Ergebnisse sind auch auf der Internetseite <<http://www.wasser-agenda.de>>, Rubrik "Oeffentlichkeitsarbeit" veroeffentlicht.

Berlin, den 15.11.2002.

Das Kommunikationshandbuch "Lokale Agenda 21 und Wasser" ist kostenlos erhaeltlich beim Umweltbundesamt, ZAD, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin, Fax: 030/ 8903 2912, oder kann auch per e-Mail unter wasser@uba.de bestellt werden. Zudem kann es auch aus dem Internet unter <<http://www.wasser-agenda.de>>, Rubrik "Oeffentlichkeitsarbeit" als PDF-Datei heruntergeladen werden.

=====

BGVV - BVL- BVAV-BfR

27/2002, 31.10.2002

Letzter Arbeitstag des BgVV, Aufgaben werden kuenftig von anderen Einrichtungen wahrgenommen

Der 31. Oktober 2002 ist der letzte Arbeitstag für rund 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter dem Namen des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (BgVV). Das Institut wird im Zuge der Neuordnung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und der Lebensmittelsicherheit aufgelöst. Seine Aufgaben werden in Zukunft von drei Einrichtungen des Bundes wahrgenommen: dem **Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL, Braunschweig)**, der **Bundesforschungsanstalt für die Viruskrankheiten der Tiere (BFAV, Insel Riems)** und dem **Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR, Berlin)**. Ziel der Neuordnung ist eine klare Trennung in Risikobewertung und Risikomanagement.

Das BgVV war 1994 als eine von drei Nachfolgeeinrichtungen des Bundesgesundheitsamtes ins Leben gerufen worden und hatte sich die Verbesserung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes im nationalen, europäischen und internationalen Rahmen zum Ziel gesetzt. Im Vordergrund stand dabei die internationale Verankerung des Vorsorgeprinzips. In den acht Jahren seines Bestehens hat das Institut wesentliche Erfolge für den Verbraucherschutz erzielt. So hat das BgVV durch die frühzeitige Ermittlung der Belastungspfade und die Einführung und Anwendung gestufter Maßnahmenkataloge im Lebensmittelbereich wesentlich an der Verringerung der Dioxinbelastung der Bevölkerung (um über 50 % in den letzten 10 Jahren) mitgewirkt. In der BSE-Krise forderte das BgVV frühzeitig Schutzmaßnahmen, die über die in der EU gültigen hinausgingen. Auf Initiative des BgVV wurde der Umfang der Risikomaterialien erweitert und das BSE-Test-Alter der Rinder in Deutschland von 30 Monaten auf zwei Jahre abgesenkt.

Das am BgVV im europäischen Verbund aufgebaute Zoonosen-Monitoring liefert heute wichtige Daten zur Beurteilung der Zoonosen-Situation entlang der Lebensmittelkette. Diese Daten bilden sowohl die Basis für eine wissenschaftlich fundierte, qualitative und quantitative mikrobiologische Risikobewertung als auch für die Bekämpfung bedeutender Erkrankungen, die vom Tier auf den Menschen übertragen werden können.

Durch die Entwicklung und Standardisierung von Nachweismethoden wurden sowohl im mikrobiologischen als auch im Bereich der Rückstände und Kontaminanten wichtige Beiträge auf dem Gebiet der Analytik geleistet. Dies gilt für "neue", durch Lebensmittel übertragene Infektionserreger wie *Campylobacter* oder verotoxinbildende *E. coli* ebenso, wie für die Acrylamid-Problematik, deren gesundheitliche Bedeutung für den Verbraucher erst im April dieses Jahres deutlich wurde. Die Arbeiten des BgVV ermöglichten eine zügige Umsetzung erster Maßnahmen zur Minimierung der Belastung der Verbraucher.

Die Arbeit des Instituts mündete in zahlreichen Empfehlungen zum Schutz der Verbraucher und Änderungen der Rechtsgrundlagen. So trug das BgVV durch seine Arbeiten im Bereich der Antibiotikaresistenz-Entwicklung entscheidend dazu bei, dass die meisten Futtermittelzusatzstoffe heute entweder verboten sind oder EU-weit nur noch für eine begrenzte Zeit eingesetzt werden dürfen.

Mit dem Inkrafttreten der europäischen Biozid-Richtlinie sind langjährige Forderungen des BgVV nach einer Verbesserung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes in diesem kritischen und in der Vergangenheit weitgehend ungeregelten Bereich erfüllt worden. Wichtige Erfolge hat das Institut auch bei der Sicherstellung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes im Lebensmittelbereich erzielt. Dazu gehört der Schutz des Verbrauchers vor Irreführung.

Die Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch (ZEBET) hat in mehrjährigen Verbundprojekten gemeinsam mit Industrielaboratorien weltweit die ersten zwei Ersatzmethoden zum Tierversuch für die regulatorische Sicherheitstoxikologie entwickelt. Die Methoden wurden im Jahr 2000 in Europäische Richtlinien aufgenommen und im Mai 2002 als erste Alternativmethoden zum Tierversuch weltweit anerkannt.

Auch im internationalen Bereich blickt das BgVV auf eine erfolgreiche wissenschaftliche Zusammenarbeit zurück. Dies gilt nicht nur für die Erarbeitung von Empfehlungen für Europa und die Festlegung von Höchstmengen, sondern auch für die Beiträge zum gesundheitlichen Verbraucherschutz im Rahmen der EU-Chemikalienpolitik und der Harmonisierung von Bewertungskriterien.

Als wissenschaftlich arbeitende Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hat sich das BgVV schon frühzeitig um die offene Kommunikation gesundheitlicher Risiken bemüht. In den letzten Jahren wurden deshalb Risikobewertungen zu aktuellen Themen über das Internet allen interessierten Bürgern zur Verfügung gestellt.

Nach der Auflösung des BgVV werden Risikobewertung und Risikokommunikation im Bundesinstitut für Risikobewertung wahrgenommen. Für das Risikomanagement zeichnet das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit verantwortlich. Soweit im Bereich der Zoonosen zu Tierkrankheiten gearbeitet wurde, werden diese Aufgaben künftig unter dem Dach der Bundesforschungsanstalt für die Viruskrankheiten der Tiere angesiedelt sein.

25/2002, 23. Oktober 2002

Ende des newsletter/d/37

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org
Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt